



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Oestreich und Preußen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die preussischen Correspondenzblätter geben dem Moniteur in der officiellsten Form ein Dementi; die preussische Regierung habe nicht nöthig gehabt, ihren Gesandten zu desavouiren, weil dieser nichts der Art gesagt habe.

Die officiële Wiener Zeitung theilt zwei Noten der österreichischen Regierung mit, in denen direct erklärt wird, Herr von Bismark-Schönhausen habe jenes allerdings gesagt, zwar nicht in einer Sitzung des Bundestags, aber in einer geschäftlichen und amtlichen Verhandlung mit dem Bundespräsidialgesandten.

Nun denke man sich in die Lage eines französischen und englischen Staatsmannes! Wie wird er sich wol über diese Symptome deutscher Politik aussprechen?

Oestreich und Preußen.

Preußen als Großmacht und die Nondum meridies Politik beleuchtet von Franz Schuselka. — Anhang: Der Tod des Kaisers Nikolaus. Leipzig, C. Geibel. —

Die Broschüren zur Vertheidigung der preussischen Politik mit dem angegebenen Motto sind leider bekannt genug. In dem Kampf gegen die Sophismen derselben ist Herr Schuselka überall siegreich. Wir wollen indeß auf diese Seite des Gegenstandes nicht eingehen, da wir unsrerseits schon mehrfach versucht haben, dieser Nondum meridies Politik ihr Recht widerfahren zu lassen und uns deshalb auf unsre frühern Hefte beziehen können. Die Zahl der wirklichen Anhänger dieser Politik ist überhaupt nicht groß. Auch die russenfreundliche Partei in Preußen schließt sich ihr nur insofern an, als sie wohl weiß, daß die weiteren nothwendigen Consequenzen derselben zu ganz andern Resultaten führen müssen, als ihre Vertreter ahnen. Indem sie absolute Neutralität predigen, wissen sie wohl, daß damit nur der erste Schritt zu einem Bündniß mit Rußland geschieht, und daß sie sich in dieser Hoffnung nicht täuschen, deutet unter andern eine preussische Correspondenz in einer der letzten Nummern des Dresdner Journals an. Es wird hier zum ersten Mal von officiöser Seite den Westmächten angedeutet, daß ein weiteres Drängen Preußen leicht in die russische Allianz treiben könne, die an und für sich gar nicht in den Absichten des preussischen Cabinets liege.

Wir wollen die Frage heute von einem allgemeineren Standpunkt auffassen. Es ist in lebhaft bewegten Zeiten natürlich, daß man in der Politik nur die augenblickliche Situation ins Auge faßt und seine Maßregeln durch die Umstände des Tages bestimmen läßt; nur ist es zweckmäßig, daß man von Zeit

zu Zeit sich auch an die allgemeinen Principien erinnert, daß man an die Zukunft denkt, für die man zwar nicht unmittelbar arbeiten, deren Gestalt man aber durch Entschlüsse, in der Hitze des Augenblicks gefaßt, leicht gefährden kann. — In dieser Beziehung schwebt nun Herr Schuselfka in einem verhängnißvollen Irrthum, den ein großer Theil der österreichischen Patrioten zu theilen scheint.

Herr Schuselfka erklärt nämlich ganz unbefangen, die gegenwärtige preussische Politik sei die Fortsetzung der kleindeutschen Politik von 1849. Einzelne Aehnlichkeiten liegen nahe. Jetzt wie damals macht das preussische Cabinet Opposition gegen Oestreich, jetzt wie damals sucht es einen Sonderbund der mittlern und kleinen deutschen Fürsten hervorzurufen. Zudem ist das Ministerium im Wesentlichen dasselbe. Allein damit dürfte auch die Aehnlichkeit aufhören.

Die kleindeutsche Politik des Ministeriums Manteuffel im Jahre 1849 war nicht eine eigne Erfindung, sondern eine Erbschaft der Weidenbuschpartei in Frankfurt und Gotha. Solange der Wind mit dieser Partei ging, wurde sie auch officiell anerkannt; als der Wind sich drehte, hatte die neupreussische Partei das entscheidende Wort. Vom Januar 1849 bis zum December 1850 sehen wir die erste Partei von Tag zu Tag an Terrain verlieren, die zweite gewinnen. Die Nondum meridies Politik war nur das Thermometer dieser Luftveränderung. So ist es auch jetzt. Nicht die kleindeutsche Partei gibt in diesem Augenblick den Inhalt der officiellen Politik, sondern die ihr feindliche Partei. Dieselbe Partei, welche in der Schlacht bei Bronzell im Herzen auf österreichischer Seite stand, macht jetzt gegen Oestreich Front. Man darf diesen Umstand nicht übersehen, wenn man sich von der preussischen Politik eine richtige Vorstellung machen will.

Nun bleibt freilich, abgesehen von aller Parteilung, in der Regierung eines in seinen Grundvesten wohlgeordneten Staats immer noch ein Rest der traditionellen, aus der Natur des Staates hergeleiteten Politik, die von dem augenblicklichen Stand der Parteien unabhängig ist. Das Bestreben, die auseinandergerissenen Theile des preussischen Staates durch ein Bündniß mit den Nachbarstaaten aneinanderzufitteln, liegt zu sehr in der Natur der Sache, als daß es nicht bei jeder Regierung auf irgendeine Weise wieder hervortreten sollte. Selbst wenn das Ministerium den Herren v. Gerlach und Stahl übertragen werden sollte, würden wir sie sehr bald durch die Nothwendigkeit in eine verwandte Richtung getrieben sehen. Aber es kommt auf die Art und Weise, es kommt auf den Zweck an, in dem man ein solches Bündniß sucht und hier findet zwischen 1849 und 1850 ein vollkommener Gegensatz statt. Die leitende Partei von 1849 wollte die kleinen Nachbarstaaten zu einem frischen deutschen Leben emporziehen, die leitende Partei von 1853 will sie aus dem Strome des erwachten deutschen Lebens herausreißen.

Nun haben wir im Laufe des letzten Jahres zwar bereits mehrfach angedeutet, daß wir den gegenwärtigen Augenblick zur Durchführung einer neuen Constituirung Deutschlands keineswegs für geeignet erachten; aber unsere Ideen sind dieselben geblieben. Was wir seit acht Jahren über die natürliche Fortentwicklung Deutschlands gedacht haben, ist noch heute unsere Ueberzeugung; sie wird es bleiben, solange ein Preußen, dem man die Mission der Zukunft übertragen kann, existirt. Eine falsche Richtung des Staats kann uns nicht irreführen, solange diese nur nicht der Existenz des Staats Gefahr droht. Das letzte ist zwar gegenwärtig der Fall, die Nondum meridies Politik bringt Preußen in die Gefahr des Untergangs, aber noch immer haben wir die Ueberzeugung, daß es diese Krisis glücklich überstehen wird, und sobald dies der Fall ist, werden wir sofort mit unsern alten Ideen bei der Hand sein. In dieser Beziehung möchten wir uns gern mit den österreichischen Patrioten verständigen, wir möchten ihnen gern die Ueberzeugung beibringen, daß die wahren Freunde Oesterreichs in unserm Lager sind, daß jeder Oesterreicher, dem es um den Fortschritt seines Staats zu thun ist, auf unsere Ideen eingehen muß.

Freilich wäre ein solches Verständniß unmöglich, wenn man uns wieder mit den alten Phrasen antwortet: Oesterreich wird sich nicht aus Deutschland herauswerfen lassen! Einheit des deutschen Reichs! Nationalparlament, Kaiserthum u. s. w. Wo das Geheul anfängt, hört freilich die Vernunft auf.

Was heißt Einheit Deutschlands? Nicht Einheit eines in der Luft schwebenden Deutschlands, das man aus den Klopstockschen Bardieten heraussuchen muß, sondern Einheit des wirklichen Deutschland.

Einheit Deutschlands heißt nicht Gesamtverfassung desselben mit monarchischer Grundlage und republikanischer Spitze, nicht Herstellung eines länderlosen Kaiserthums über ländermächtige Sonderstaaten, sie kann auch nicht aus der Berathung der am Bundestag vertretenen Fürsten hervorgehen. Das letztere erlaube man uns an einem einzelnen Beispiele zu begründen.

In diesem Augenblick sind Preußen und Sachsen über ihre Haltung zur orientalischen Frage vollkommen einig; allein während wir das preussische Cabinet deswegen aufs heftigste angreifen müssen, können wir den Gründen der sächsischen Politik nicht das Mindeste entgegensetzen. Woran muß dem König von Sachsen, den nicht sein eigener Wille, sondern seine Geburt in seine historische Stellung gebracht hat, woran muß dem sächsischen Ministerium gelegen sein? Doch wol an den nächstliegenden Interessen seiner Staatsbürger. Was in aller Welt geht es Sachsen an, ob die Russen in Sebastopol sitzen, ob die Griechen oder die Lateiner das heilige Grab behaupten? Im Kriege kann Sachsen nichts gewinnen, im Gegentheil werden die Interessen aller seiner Staatsbürger dabei beschädigt. Dem sächsischen Cabinet muß also alles an der

Erhaltung des Friedens gelegen sein, vorausgesetzt, daß seine eigne Ehre dabei nicht beleidigt wird. Das ist aber keineswegs der Fall, denn Sachsen hat im Rathe der Großmächte keine Stimme, es kann es füglich den übrigen Mächten überlassen, sich durch Diplomaten oder durch Heere darüber zu einigen, wie die Angelegenheit im Orient geschlichtet werden soll. — Ferner hat Sachsen keinen Grund, den schädlichen Einfluß Rußlands unmittelbar zu empfinden. Dieser drückt nur auf Oestreich und Preußen und wenn er bis zu Sachsen dringt, so geschieht es nur durch die Vermittlung dieser beiden Großstaaten. Wir finden also die gegenwärtige Politik bei dem sächsischen Cabinet ebenso begreiflich, als wir sie beim preussischen Cabinet unbegreiflich finden.

Aber nun die Anwendung. Ungefähr in der nämlichen Lage wie Sachsen finden sich die meisten der deutschen Staaten; solange also zwischen den beiden deutschen Mächten über eine große Frage Zwiespalt herrscht, wird die Summe der Interessen der deutschen Staaten niemals als Facit das Interesse der Nation geben; und wohl gemerkt, wir sprechen hier nicht von Fürsten, die sich lediglich durch das persönliche oder durch das Familieninteresse bestimmen lassen, sondern von Fürsten, die das sind, was sie sein sollen, die Vertreter der Interessen ihres Volks.

Also noch einmal was heißt Einheit Deutschlands? — Nichts anderes als Einheit zwischen Oestreich und Preußen. Sobald diese hergestellt ist, bildet sich in der Nation, zu der auch die Fürsten gehören, eine öffentliche Meinung, die alle Sonderinteressen mit sich fortreißt. Wenn die ganze Nation in den Kampf geht, wird ein edler Fürst und zwar in der vollsten Uebereinstimmung mit seinen Unterthanen, das endliche Wohl um der Ehre seiner Nation willen hintansetzen.

Dagegen für die Ehre Oestreichs oder für die Ehre Preußens einzustehen und dieser die Interessen ihres Staates aufzuopfern, kann man den deutschen Fürsten nicht zumuthen, und hier möchten wir die österreichischen Staatsmänner und die österreichischen Patrioten auf einen Umstand aufmerksam machen, den sie bisher übersehen zu haben scheinen. Zwar hat die Nondum merities Politik den österreichischen Staatsmännern soviel Veranlassung zu leichten Triumphen einerseits, zu gereizter Stimmung andererseits gegeben, daß wir ihr Verhalten nicht anfechten wollen; aber ein weiser Staatsmann denkt nicht an die Stimmung des Augenblicks, er denkt an die Zukunft. Wir wollen einen edlen Ehrgeiz, wie hochfliegend er auch sein mag, gern gelten lassen, aber er darf nicht an das Unmögliche gehen. Oestreich kann nicht daran denken, und es denkt auch wol nicht daran, die ghibellinische Politik der alten Kaiser wieder aufzunehmen. Oestreichs Staatskräfte sind groß, aber nicht so groß, um die widerstrebende Cultur Norddeutschlands sich zu assimiliren. Dies vorausgesetzt muß Oestreich alles daran liegen, durch ein mächtiges Preußen, durch ein Preußen, welches

aus dem bisherigen Stand des Feldlagers in einen geordneten Besitz übergegangen ist, sich den Rücken gedeckt zu sehen. Gesezt, es käme jetzt wirklich zum Bürgerkriege, Preußen würde zertrümmert oder wenigstens sehr geschwächt, so steht Oestreich, wenn es auch für den Augenblick einen neuen Erwerb machen mag, gleichfalls am Vorabend seines Unterganges; denn sobald nicht mehr ein mächtiger kriegerischer Staat in Norddeutschland das Wort führt, so werden aufs neue russische und französische Einflüsse sich geltendmachen und, um Oestreich zu paralisiren, auch revolutionäre Mittel nicht verschmähen.

Andererseits hat aber Oestreich ganz recht, an dem Bund mit den Westmächten entschieden festzuhalten. Hat es nun alles darangesetzt, um Preußen in diesen Bund mit hineinzuziehen? Officiell sind zwar seine Schritte alle zu rechtfertigen, aber ist's dem preussischen Cabinet mit jenem offenen Vertrauen entgegengekommen, das bei der Subjectivität der preussischen Politiker doch so wichtig gewesen wäre? Wir sind natürlich in die geheimen Verhandlungen nicht eingeweiht, aber mehr oder minder ist doch die officiële und officiöse Presse ein Abklatsch dieser Verhandlungen, und wenn wir nach dieser urtheilen wollen, so war das Verfahren Oestreichs gegen Preußen von vornherein hart und rücksichtslos. Von Frankreich finden wir ein solches Auftreten ganz natürlich, von Oestreich müssen wir es bedauern, obgleich wir es begreifen. Freilich hätten wir es viel lieber gesehen, wenn Preußen einer solchen Schonung nicht bedurft hätte, wie es denn auch in der That, wenn es seine Kräfte zusammennimmt, einer Schonung nicht bedarf. Aber da die Nondum meridies Politik einmal vorhanden ist, so sollte Oestreich im eignen Interesse wie im Interesse Deutschlands sich daran erinnern, daß Preußen, wenn auch sein Rival, doch sein Waffenbruder ist, und es sollte ihm den Schritt, den es zu fordern berechtigt und genöthigt ist, durch ein ehrenvolles Aussehen wenigstens erleichtern.

Und dazu seine Regierung anzuregen hat jeder österreichische Patriot die Verpflichtung. Die schwarzgelbe Berserkerwuth des Jahres 1848, in der selbst der radicale Wiesner die Hegemonie über Deutschland in Anspruch nahm, weil er 800,000 Mann hinter sich habe, ist hoffentlich jetzt verraucht. Der aufgeklärte Oestreicher wird das Gedeihen Preußens wünschen, wie der aufgeklärte Preuße das Gedeihen Oestreichs wünscht. Beide Staaten können ihr inneres Wohl fördern, ihre äußere Macht vergrößern, beides zur Ehre und zum Vortheil Deutschlands, ohne sich je in den Weg zu kommen. Nur ein völliges Mißverständniß aller positiven Interessen, nur ein Ueberwiegen der Stimmung über die Vernunft kann zwei Staaten feindlich gegeneinanderführen, die in ewiger Waffenbrüderschaft vereinigt sein sollten.

Am 1. März 1849. —